

In Wipplingen Arbeitskreis „Kein Endlager!“ gebildet – Rückholbare Lagerung von Atommüll gefordert

Die Länder und der Bund haben sich auf ein Standortauswahlgesetz für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle geeinigt. Dieses soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Darin ist die Einrichtung einer Kommission vorgesehen, die Kriterien für einen Standort festlegen soll.

Wipplingen ist eine der Gemeinden im nördlichen Emsland, in deren Untergrund der Salzstock Wahn liegt. Dieser Salzstock ist seit den 70er Jahren schon mehrfach als möglicher Standort für ein Endlager benannt worden. Diese Tatsache hat die Bevölkerung des nördlichen Emslandes wieder alarmiert. Am Samstag bildete sich in Wipplingen ein Arbeitskreis „Kein Endlager!“, der sich zusammensetzt aus interessierten Bürgern aus der Region und aus den benachbarten Niederlanden. Denn auf ein ergebnisoffenes Herangehen der Kommission, wie im Entwurf des Endlagersuchgesetzes vorgesehen ist, wird hier nicht vertraut.

Auch nach fast sechs Jahrzehnten Atomkraft-Nutzung gibt es nach Auffassung der Teilnehmer keine Lösung für den Atommüll, um ihn sicher zu endzulagern. Bisher haben alle Versprechen auf 100-prozentige Sicherheit im Zusammenhang mit der Atomenergie revidiert werden müssen. Es zeigte sich, dass weder die Atomkraftwerke noch die bisherigen Lagerstätten sicher waren. Das, was gestern noch als unbedenklich angesehen wurde, musste nur kurze Zeit später als gefährlich verboten werden, wie bis 1994 die Verklappung von Atommüll im Meer oder erwies sich als vollkommen ungeeignet, wie das Beispiel Asse zeigt.

Ein Endlager, in dem Atommüll für alle Zeiten sicher gelagert werden kann, ist nach Ansicht der Arbeitskreismitglieder nicht möglich. Diese Suche nach einem Endlager erfolgt aus dem verständlichen Interesse, die Hinterlassenschaften von 60 Jahren fehlgeleiteter Energiepolitik endlich aus dem Auge und damit aus dem Sinn zu bekommen. Allein der Wunsch nach Ruhe ist kein geeigneter Ratgeber. Es gilt zur Kenntnis zu nehmen, dass angesichts des aktuellen Wissens der Atommüll nur rückholbar gelagert werden darf, um Fehlentscheidungen revidieren oder neue Erkenntnisse anwenden zu können.

Und da setzt die Besorgnis des Arbeitskreises „Kein Endlager!“ an: Es wird viel über einen zentralen Standort und über so genannte Wirtsgesteine, also Ton, Granit oder Salz gesprochen. Der Arbeitskreis ist der Auffassung, dass die Rückholbarkeit des Atommülls als erstes diskutiert werden muss. Es wird befürchtet, dass die Atommüll-„Entsorgung“ hinter einer verschlossenen Tür ohne Schlüssel favorisiert wird.

Die Kommission könnte letztlich dazu dienen, den diesmal ausgesuchten Standort cleverer als im Fall Gorleben zu verkaufen. Damit würde ein gesellschaftlicher Konsens vorgespielt, der als Druckmittel zur Erpressung eines Standortes genutzt werden könnte. Die Standortentscheidung wäre dann die Erledigung eines unbequemen gesellschaftlichen Problems auf Kosten einer einzigen kleinen Region.

Die vorgesehenen langen Fristen beruhigen die Arbeitskreismitglieder keineswegs. Mit der Ablehnung der Option „Rückholbarkeit“ wäre schon eine Vorentscheidung für den weiteren Verlauf erkennbar. Salz ist trotz vieler wissenschaftlicher Bedenken bei der falschen Entscheidung für eine Endlagerung immer noch ein favorisiertes Gestein. Und damit ist Wipplingen wieder im Fokus. Anstelle des bisher erfolglosen politischen Prozesses zur Standortsuche für den Atommüll tritt eine scheinbar objektive neutrale Auswertung von geologischen Expertisen.

Der Arbeitskreis „Kein Endlager!“ hat sich vorgenommen, dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen. Geplant ist zunächst eine Veranstaltung über das Erfordernis der Rückholbarkeit, zur Information über diese Zusammenhänge und über den Entwurf des Standortauswahlgesetzes. Der AK hofft dabei auf die Erfahrungen, die bereits in Gorleben gesammelt wurden und wird über das weitere Vorgehen beraten.